Zeitschrift: DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen
Herausgeber: Verein DrogenMagazin
Band: 22 (1996)
Heft: 2

Artikel: Drogenpolitik und Wirtschaft
Autor: Belz, Gaby
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-801116

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Drogenpolitik und Wirtschaft

Sollen, können, dürfen WirtschaftsführerInnen sich zur Drogenpolitik äussern? Wie bilden sie sich eine Meinung? Das «11-Punkte-Programm» der Wirtschaft: Chronologie und Einschätzungen der Geschäftsführerin des Gesprächskreises «Wirtschaftsführer und Drogenpolitik».

VON GABY BELZ

Sommer 92

Die Zürcher Lettenszene ist ausser Kontrolle. Alles fachlich Wichtige ist gesagt. Handeln in einem komplexen und widersprüchlichen Feld ist schwierig und zäh. Was macht eine Fachstelle im Sozialbereich? Das Team der INFORMATIONSSTELLE DES ZÜRCHER SOZIALWESENS wagte den Versuch, die «ganz andern» um ihre Lösungsvorschläge zu bitten. Erste Gespräche mit Wirtschaftsvertretern ergaben zwar keine Kolumbus-Eier, aber den Willen, an der Sache dranzubleiben. So konstituierte sich die heutige Projektgruppe des Gesprächskreises «Wirtschaftsführer und Drogenpolitik», die mit ganz wenigen Wechseln über bald 4 Jahre konstant geblieben ist.

Herbst 93

Nach mehreren internen Weiterbildungsveranstaltungen fragten wir zusammen mit dem GDI «Was geht uns die Drogenfrage an?» und luden zu einer Tagung mit hochkarätigen Referenten und Referentinnen ein. Von den ca. 1000 geladenen SpitzenvertreterInnen der Wirtschaft meldeten sich ganze drei an. Bauchlandung! Der zeitliche Anspruch war zu hoch, der Zeitpunkt schlecht gewählt, etc..

«Kulturelle» Unterschiede

Wir von der «sozialen» Seite hätten damals möglicherweise aufgegeben. Nicht so unsere Partner aus der Wirtschaft. Sie diagnostizierten alle möglichen Gründe für den Misserfolg. Aber nie hatten sie Zweifel an ihrer Aufgabe, die damals schon lautete: «Die Wirtschaft muss sich vermehrt engagieren, damit eine vernunftorientierte Drogenpolitik in der Schweiz realisiert wird.» Sie hatten aufgrund vieler interner Gespräche und Weiterbildungsveranstaltungen eine Linie entwickelt, die nach allen Seiten – soweit das in der Drogenfrage überhaupt möglich ist! – kohärent erschien. Von dieser liessen sie sich nicht abbringen durch Misserfolge. Manchmal erinnere ich mich daran, wenn mir in anderen Pionierprojekten der Schnauf auszugehen droht...

Frühjahr 94

Erste Vorabend-Veranstaltungen zu brisanten Themen rund um die Drogenfrage scheinen Anklang zu finden. Referenten mit erstklassigen Namen und Veranstaltungsorte, von denen man sagen kann, sie seien für WirtschaftsvertreterInnen «niederschwellig» (Konferenzzentren von Grossbanken oder Fünfstern-Hotels) geben Vorschussvertrauen. Wir beginnen mit dem Thema der Geldwäscherei. Ca. 60 Persönlichkeiten mit wohlgefüllten Agenden nehmen sich zwei Stunden Zeit und diskutieren angeregt. Als Themen folgen: Drogenpolitische Linien der Bundesratsparteien / Sicht der Polizei / Ziele und Erfolge bei Therapie bzw. diversifizierter Abgabe / Ursachen der Abhängigkeit / Bundesrätliche Vorhaben.
Im Laufe der Zeit fasst Jost Wirz, der Informationsbeauftragte des Gesprächskreises, die Ergebnisse aus den Vorträgen in einem Thesenpapier zusammen. Dieses liegt an Veranstaltungen immer wieder auf, wird von BesucherInnen mitgenommen und kritisch gelesen. Wir erhalten unterstützende und kritische Briefe, Anregungen zur Erweiterung oder Kürzung. Trotz grossen Interesses der Medien gelingt es, die Tätigkeit des Gesprächskreises vor der Öffentlichkeit zu schützen. Noch ist das Küken nicht ausgeschlüpft...

Exponierte Persönlichkeiten äussern sich in unsicherem Territorium

Stellen Sie sich vor, Sie wären eine allseits bekannte Persönlichkeit der Sozialpolitik. Eines Tages bittet Sie ein neu entstandener Gesprächskreis, sich zu den weltweiten Vernetzungen der Wirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der Rezession und Arbeitslosigkeit zu äussern. Wie mulmig wird Ihnen? Noch dazu, wenn vielleicht ihr eigener Betrieb auf irgendeine Weise mit dem Problem identifiziert wird? Eben. Darum war es wichtig, den interessierten Damen und Herren einen geschützten Rahmen für ihre Auseinandersetzung anzubieten. Geschützt heisst in diesem Fall: gewohnte Umgebung, gewohnte Gesichter, nicht allzu viele von weit her erkennbare SozialarbeiterInnen oder JournalistInnen im Publikum, erstklassige Referenten und ModeratorInnen der Gespräche. Einige KollegInnen aus dem Fachbereich haben sich darüber lustig gemacht. Wir glauben daran, dass diese Zielgruppe (genauso wie unsere Klient-

lnnen) das Anrecht hat, sich wohlzufühlen. Auch wenn das etwas anders ist, als wir uns es gewohnt sind.

Frühjahr 95

Nach vier Veranstaltungen gewinnt das Thesenpapier eine eigene Kontur. Die Projektgruppe beschliesst, nunmehr etwas öffentlicher dafür Unterstützung zu suchen. Wir schreiben 20 Persönlichkeiten an, von denen wir annehmen, dass sie unserem Gedankengut nahe stehen, und bitten sie um ihre Unterschrift. Das Ergebnis übertrifft alle unsere Erwartungen. Wir fühlen uns ermutigt, einen zweiten, grösseren Kreis anzuschreiben. Von 300 angeschriebenen Personen stellen uns ca. 90 ihre Unterschrift zur Verfügung. Am 9. November 1995 wird das 11-PunkteProgramm der Öffentlichkeit vorgestellt. Als einer der prominentesten Unterzeichner begründet Herr Roland Rasi, Generaldirektor des Schweizerischen Bankvereins, sein Engagement: «Wirtschaftsführer sind auch Menschen, und als normaler Mensch muss man sich in dieser Frage engagieren!» Dieser auf den ersten Blick triviale Satz beinhaltet

Communiqué des Gesprächskreises Wirtschaftsführer und Drogenpolitik

Für eine kohärente und nachhaltige Drogenpolitik

Wir sind der Überzeugung: Eine drogenfreie Gesellschaft gibt es nicht, hat es offenbar und nachweislich nie gegeben und wird es nach menschlichem Ermessen nie geben. Trotzdem muss Drogenmissbrauch bekämpft und eine Gesellschaft ohne missbräuchlichen Konsum von Betäubungsmitteln angestrebt werden.

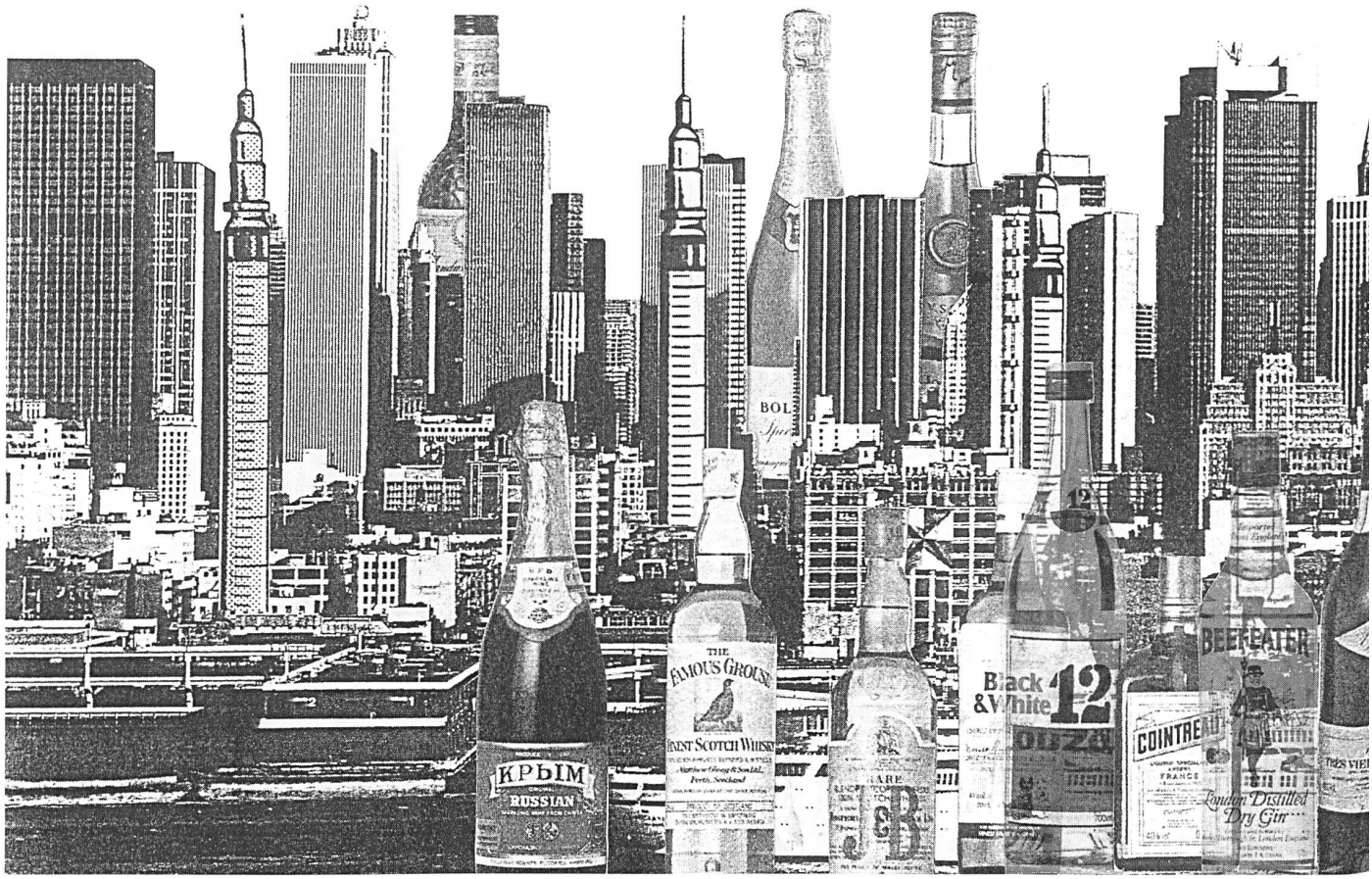
Angesichts dieses Ziels ist Prävention sinnvoll und vorrangig, ja zwingend. Massnahmen gegen Suchtverhalten und Suchtmittelmissbrauch durch Ursachenbekämpfung, Aufklärung und Früherkennung können jedoch nicht verhindern, dass es immer wieder vor allem junge Menschen geben wird, die zu harten Drogen Zuflucht nehmen und der Sucht verfallen. Jährlich dürften es in der Schweiz 5'000-7'000 sein. (Gemäss Schätzung des Bundesamtes für Gesundheitswesen gibt es zur Zeit rund 30'000 Konsumentinnen und Konsumenten harter Drogen, davon knapp ein Drittel Frauen. Diese Zahl ist seit einiger Zeit konstant.)

Vier von fünf Suchtmittelkonsumenten leben unauffällig und gesellschaftlich integriert. Menschen jedoch, die aus den verschiedensten Gründen suchtmittelabhängig geworden und sozial desintegriert sind, bedürfen unserer Hilfe zur Stärkung der Eigenverantwortung. Schadensbegrenzung, Ausstiegsunterstützung und ein breites Angebot an Therapieplätzen mit anschliessender Integrationshilfe sind dabei erfolgversprechende Wege zur Heilung. Eine kontrollierte und therapeutisch begleitete Drogenabgabe (Methadon oder Heroin, im Rahmen bewilligter Projekte) an kranke (Aids!), verelendete Abhängige und an Süchtige, die ihren Willen auszusteigen noch nicht gefestigt haben, ist ein wesentliches Mittel dieser Hilfe. Abgabestellen, verteilt auf die ganze Schweiz, sollen der Bildung von Zentren und Grossszenen entgegenwirken. Zudem wird damit ein Rückgang der Beschaffungskriminalität und Beschaffungsprostitution bewirkt. Das Ziel der psychologisch und medizinisch geleiteten Hinführung zu freiwilligem Entzug und zur Therapie darf nie aus den Augen verloren werden. Die fürsorgerische Freiheitsentziehung (FFE) mit stationärer Klinikverwahrung soll als ultima ratio bei jugendlichen Erstkonsumentinnen und Erstkonsumenten und bei wiederholt rückfälligen Schwerstabhängigen gezielt zur Anwendung kommen.

Der Drogenmarkt ist in doppelter Hinsicht ein besonderer Markt. Er ist illegal, und es besteht eine zwanghafte Nachfrage. Solange diese existiert und solange die Gewinnmargen – bedingt durch die Illegalität – dermassen hoch sind, werden Anbieter versuchen, kriminelle Geschäfte zu machen. (Der jährliche Heroin-Umsatz beträgt in der Schweiz etwa eine Milliarde Franken jener mit anderen illegalen Drogen gegen drei Milliarden Franken.)

Die Kriminalisierung von drogenabhängigen Konsumentinnen und Konsumenten ist eine unwirksame Massnahme gegen Suchtverhalten, weil sie weder bei den Ursachen ansetzt noch einen Heilungsprozess einleitet. Entsprechende Gesetzesänderungen sind notwendig. Überdies: Eine einseitig auf Repression ausgerichtete Drogenpolitik verschlingt Unsummen von Geld (in der Schweiz über eine halbe Milliarde Franken pro Jahr) für reine Symptombekämpfung wie Schutz und Sicherheitsmassnahmen sowie Strafverfolgung und Strafvollzug und weist ein extrem schlechtes Aufwand/Nutzen-Verhältnis auf. Repressive Polizeimassnahmen sind jedoch notwendig in der Bekämpfung des illegalen Handels, weil sie die Verfügbarkeit der Drogen gerade für jugendliche Neueinsteigerinnen und Neueinsteiger einschränken und den Schutz der Bevölkerung verbessern.

Quellen: BAG Bundesamt für Gesundheitswesen; Schweizerische Fachstelle für Alkoholprobleme: Soziale und präventive Aspekte des Drogenproblems unter besonderer Berücksichtigung der Schweiz, Lausanne 1990; NZZ Nr. 38 vom 15. Februar 1995 (Seite 15).



bei genauerer Betrachtung Sprengstoff. Wirtschaftsführer sind bei aller persönlichen Gestaltungfreiheit auch teilweise Gefangene ihrer selbstgewählten Funktionen. Das Bekenntnis zur Berührbarkeit als Mensch, Vater, Mutter, Nachbar, etc., beinhaltet deshalb auch ein Ja zum Aushalten kurzfristig unüberwindlich scheinender Gegensätze. Die Schweizer Wirtschaft baut ständig Stellen ab; der Leistungsdruck auf die ArbeitnehmerInnen setzt psychisch und physisch optimale Gesundheit voraus; die Zukunftsaussichten sind in vielerlei Hinsicht nicht rosig. Alles Rahmenbedingungen, die den Einstieg in irgendeine Sucht als temporären Ausstieg für weniger robuste, jüngere und ältere Menschen attraktiver machen. Wo sind die Entscheidungsmomente, in denen Wirtschaftsführer als Weichensteller in Richtung humanerer Lebensbedingungen aktiv sein können? Und nehmen Sie diesen Spielraum auch wahr?

Für eine kohärente und nachhaltige Drogenpolitik

Unter diesem Titel steht das Grundsatzpapier. In einer ausführlichen Präambel bekennt sich der Gesprächskreis zur Tatsache, dass eine sucht- und drogenfreie Gesellschaft ein utopisches Ziel ist. Dennoch soll durch breite Prävention (umschrieben mit den Stichworten Ursachenbekämpfung, Aufklärung und Früherkennung) erreicht werden, dass möglichst wenig junge Menschen den Weg in die Sucht wählen. Über die ca. 30'000 Frauen und Männer, die in der Schweiz als regelmässige KonsumentInnen harter Drogen angenommen werden, wird der immer noch zögerlich zur Kenntnis genommene Umstand festgehalten, dass der grösste Teil integriert und unauffällig lebt und wenig Hilfsbedarf anmeldet. Für diejenigen, die als sozial desintegriert gelten, postuliert das Papier ein Recht auf Hilfe zur Eigenverantwortlichkeit. Die bekannte Angebotskette Schadensbegrenzung, Ausstiegs- und Wiederintegrationshilfe soll dabei Unterstützung geben. Inhaltlich werden diese Begriffe jeweils in den Informationsveranstaltungen gefüllt. Gerade bei der Hilfe zur Integration nach erfolgreicher Therapie fühlen sich Wirtschaftsvertreter immer mehr angesprochen. Eine sinnvolle und angepasste Arbeit ist für den geglückten Einstieg in ein eigenverantwortetes Leben von entscheidender Bedeutung. In der heutigen wirtschaftlichen Situation ist die Bereitschaft des Umfeldes am Arbeitsplatz, einen Bewerber oder eine Bewerberin mit suchtbedingten Lücken im Lebenslauf anzustellen, eher am Abnehmen. Noch problematischer wird es bei der Frage, ob auch Noch-KonsumentInnen eine Chance bekommen, ihren Möglichkeiten entsprechend erwerbstätig zu sein. Das vom Rotary-Club Zürich finanzierte Projekt WEG mit dem Auftrag, Arbeitsplätze für SuchtpatientInnen schaffen zu helfen und zu begleiten, macht dazu bittere Erfahrungen. Hier fehlen in der Schweiz eindeutig Vorbilder von Betrieben, die von der Unternehmensspitze bis zu jenen ArbeitnehmerInnen, die täglich mit den Integrationsschwierigkeiten von (ex)- Süchtigen umgehen müssen, auf eine solche Aufgabe vorbereitet sind. Damit soll nicht gesagt sein, dass jeder ex Junkie am Arbeitsplatz problematisch ist. Dennoch bleibt die Frage, ob der immer noch steigende Druck auf gleichbleibende Leistungsbereitschaft sich verträgt mit den Schwankungen, die suchtgefährdete Menschen üblicherweise bewältigen müssen. Nicht zu vergessen sind auch die Ängste, die im

Umfeld entstehen, und die meistens tabuisiert bleiben, weil sonst auch bei den bisherigen MitarbeiterInnen einiges an Suchtverhalten thematisiert werden müsste.

Zurück zum 11-Punkte-Programm: Nach einem Abschnitt über das Wesen des kriminellen Marktes (mit Nennung der geschätzten Umsatzzahlen) bekennt sich der Gesprächskreis dazu, dass Kriminalisierung der KonsumentInnen kein tauglicher Weg ist.

In einem zweiten Teil sind in 11 Punkten Massnahmen aufgeführt, die Inhalt einer kohärenten und nachhaltigen Drogenpolitik bilden. Es geht dabei um Forschung, Ursachenbekämpfung, Gesundheitsförderung, Früherkennung, Zugangserschwerung, Schadensbegrenzung, Befreiung, Reintegration, FFE als absolute Notmassnahme, Bekämpfung des Drogengeschäfts und um Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung. Wie kürzlich richtig in dieser Zeitschrift festgestellt wurde, geht das Papier nicht auf die Situation in den Anbauländern ein. Dies nicht aufgrund einer Geringschätzung der Problemlage, sondern weil auch bei der von uns angesprochenen Zielgruppe der Bewusstwerdungsprozess über eine Kohärenz der Lösungen nur Schritt für Schritt erfolgen kann.

Die Positionierung des 11-Punkte-Programms liegt in der Nähe der bundesrätlichen Linie, kann sich sogar in einzelnen Punkten weiter vorwagen. Erfrischend und wohltuend war anlässlichlich eines kürzlichen Gespräches mit Bundesrätin Ruth Dreifuss die Aussage des Vertreters der Unterzeichnenden, es sei skandalös, dass angesichts vorliegender Lösungsansätze alles den langwierigen Instanzenweg gehen müsse. Jeder Mensch, der in dieser Situation süchtig werde und sein soziales Netz oder gar sein Leben verliere, sei definitiv einer zuviel.

Wie weiter?

Der Gesprächskreis wird auf Regionen ausserhalb Zürichs ausgedehnt. Diverse Dienstleistungen für Unternehmen sind im Aufbau begriffen (z.B. fachliche Hilfe beim Einschätzen eingehender Finanzgesuche, Triage zu Beratungsstellen für ArbeitnehmerInnen, etc.). Wir suchen das Gespräch mit politischen EntscheidungsträgerInnen gerade jetzt, wo zwei wichtige Abstimmungen ins Haus stehen. Ein systematisches und flexibles Angebot für UnternehmerInnen, die ernst machen wollen mit einem menschlich verträglichen Klima in ihren Betrieben, um suchtgefährdeten Menschen Arbeit anbieten zu können, muss aufgebaut werden. Das Ziel ist und bleibt zweistufig: Erstens Einflussnahme auf Wissensstand und Engagement der Wirtschaftsvertreter/innen im Drogenbereich. Hier stossen wir mehrheitlich auf offene Ohren. Beim zweiten, noch ehrgeizigeren Ziel, der Humanisierung der Arbeitswelt, meldet sich ein leichtes Ohnmachtsgefühl. Die Dynamik ist zwar menschengemacht, aber so hoch komplex, dass eine Schubumkehr vorläufig nur in Einzelfällen realisierbar scheint. Jeder Betrieb, der bereit ist, sich dieser Frage echt zu stellen, ist ein Gewinn.

Für Information und Auskünfte:
Gaby Belz, Geschäftsstelle «Wirtschaftsführer und Drogenpolitik». Stauffacherstr. 106, 8004 Zürich. Tel. 01/241 77 44, Fax 01/241 77 63.

Das 11-Punkte-Programm des Gesprächskreises Wirtschaftsführer und Drogenpolitik

Wir erwarten und unterstützen eine kohärente und nachhaltige Drogenpolitik in folgenden Bereichen:

1. **Forschung**
   Einsatz frei gewordener Mittel für gezielte, breite und koordinierte Forschung zu Problembereichen wie: Analyse der Biografien von Drogenabhängigen, Einstieg in die Sucht und Ausstieg, Wirksamkeitsanalysen verschiedener Behandlungsformen, Bedeutung der weichen Drogen; ebenso medizinische Forschung mit dem Ziel, Drogenkranke medikamentös zu behandeln; Forschung über wirtschaftliche Zusammenhänge des Drogenhandels und dessen Bekämpfung. Wirkung langfristig

2. **Ursachenbekämpfung**
   Weitergehende Unterstützung der Familie in ihren heutigen Formen, Anpassung der Schule an die Lebensgewohnheiten (Stundenpläne, Tagesschulen), Förderung der Lebensqualität am Arbeitsplatz und in der Freizeit (Ziele: Geborgenheit, Vertrauen, Sinn, Stärkung einer unabhängigen Persönlichkeit) Wirkung langfristig

3. **Gesundheitsförderung und Aufklärung**
   Breitangelegte, kontinuierliche Gesundheitsförderung (vor allem in den Schulen), damit Jugendliche möglichst bald einen adäquaten Umgang mit sich selbst und ihrem Körper entwickeln. Eingeschlossen ist dabei der Umgang mit sämtlichen Risiken in dieser Lebensphase. Zielgruppengerechte Information über Risiken des Konsums harter Drogen und Bewusstseinsbildung durch Familie, Schule, Ärzte, Kirchen, Vereine, Freizeitveranstalter, Arbeitgeber, Militär, Medienverantwortliche usw.; Priorität: Schulung von Ausbildnerinnen und Ausbildnern
   Wirkung kurz- bis mittelfristig

4. **Früherkennung**
   Identifizierung von Gefährdeten am Arbeitsplatz, in der Schule und im Freizeitbereich; Anregungen, wie mit Spannungen und Schwierigkeiten umzugehen ist, Mithilfe bei der Lösung von Konflikten und Problemen Wirkung kurzfristig

5. **Zugangserschwerung**
   Eliminierung offener Szenen, der frei zugänglichen «Marktplätze», wo aggressive Händler Abnehmerinnen und Abnehmer für Drogen suchen
   Wirkung kurzfristig

6. **Schadensbegrenzung**
   Rückführung der Schwerabhängigen in ihre Wohnregion, verbunden mit dezentraler, ärztlich verschriebener, kontrollierter Drogenabgabe an kranke und verelendete Abhängige und an Süchtige, die ihren Willen auszusteigen noch nicht gefestigt haben; Einrichten von kommunalen oder regionalen Abgabestellen für überwachten Konsum und Spritzentausch (Aidsprävention!); medizinische Hilfe; Stabilisierung der Drogenkranken als Voraussetzung für erfolgreichen Ausstieg.
   Wirkung kurzfristig

7. **Befreiung**
   Ausstiegshilfe und breites Angebot an verschiedensten Entzugsmöglichkeiten und Therapieplatzen Wirkung mittelfristig

8. **Reintegration**
   Vielfältige Hilfsangebote im Bereich des begleiteten Wohnens und betreuten Arbeitens (es muss eine neue «Heimat» angeboten werden – als Ersatz für die «Szene»); Wiederaufbau von Beziehungsnetzen; Stärkung der Eigenverantwortung der ehemals Abhängigen Wirkung mittelfristig

9. **Massnahmen bei Neueinsteigern und wiederholt Rückfälligen**
   Gezielte Anwendung der fürsorgerischen Freiheitsentziehung (FFE) als ultima ratio der Hilfe bei jugendlichen Erstkonsumentinnen und Erstkonsumenten und bei wiederholt rückfälligen Schwerstabhängigen (Verwahrung in Klinik als letzter Versuch zur Heilung) Wirkung mittelfristig

10. **Bekämpfung des Drogengeschäfts**
    Abklärung der Vor- und Nachteile eines kontrollierten Drogenhandels, verbunden mit privater, breitangelegter, geografisch gestreuter, ärztlich verschriebener Drogenabgabe an einheimische, «registrierte» – auch an sogenannt «integrierte» – Süchtige. (Solange der Handel mit Drogen – als Folge der Prohibition – dermassen lukrativ ist, werden geldhungrige Anbieter intensiv nach Konsumentinnen und Konsumenten suchen. Nur wenn ein Geschäft durch abnehmende Nachfrage und sinkende Margen uninteressant wird, kann es aufhören zu existieren.)
    Ebenso: Bekämpfung des organisierten Verbrechens im Umfeld des Drogengeschäfts auf nationaler und internationaler Ebene
    Wirkung langfristig

11. **Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung**
    Intensive Medienarbeit und breitangelegte Informationskampagnen im ganzen Land mit dem Ziel der Bewusstseinsbildung in Fragen der Suchtproblematik. Eine erneuerte Drogenpolitik kann nur Erfolg haben, wenn die Bevölkerung die Komplexität erkennt und Zusammenhänge entdeckt Wirkung mittelfristig

Wir wünschen uns eine überparteiliche Drogenpolitik, basierend auf einem «Pakt der Vernunft» und einer Partnerschaft zwischen Staat und Wirtschaft:
Ulrich Albers, Raymond J. Bär, Thomas W. Bechtler, Thomas A. Biland, Rolf Binder, Hans-Peter Binz, Rudolf E. Bitterli, Karl Henry Börner, Georg Boesch, Erich Bohli, Martin Bräm, Peter R. Bruppacher, Christian Bubb, Anton H. Bucher, Toni Cipolat, Hans Heinrich Coninx, Günter Conrad, Reto A. Consoni, Beat Curti, Heinz Diezi, Felix Egloff, Helmuth Elkuch, Victor Erne, Hanspeter Fagagnini, Michel M. Favre, Bruno Fritsch, Ulrich Geissmann, Thomas Gerster, Hannes Goetz, Günther Gose, Gaston Guex, Urs Hammer, Paul Hasenfratz, Walter Hefti, Erich Hirschi, Erika Hug, Luzius Hug, Konrad Hummler, Eugen Hunziker, Hans Issler,, Andre Jaeggi, Hans K. Jucker, Oscar A. Kambly, Thomas Kern, Arina Kowner, Thomas P. Kriesemer, Jan S. Krulis-Randa, Jules Kyburz, Guido W. Lehmann, Fritz Leutwiler, Bruno Lurati, Samuel Lüthi, Carlo Magri, Manfred Manser, Carlo Mati, Reto E. Meier, Hans Peter Ming, Jacques E. Müller, Willy Müller, Fritz Neumann, Alfred M. Niederer, Herbert Ochsenbein, Walter Palmers, Marcel Queloz-Fürrer, Hans Konrad Rahn, Hans-Jörg Ramser, Roland C. Rasi, Andreas Reinhart, Michael Ringier, Antonio Riva, Fritz Rüegsegger, Heidi Schelbert, Anton Scherrer, Felix Scherrer, Kurt Schläpfer, Peter Sigrist, Roy Simmonds, Peter Spori, Albert P. Stäheli, Peter Straessle, Hans-Rudolf Strässler, Alfred Stucki, Dieter Syz, Ernst Thomke, Daniel N. Tobler, Gian A. Vital, Hans Vontobel, Heinz Waser, Peter F. Weibel, Hans Widmer, Urs Widmer, Hans J. Willi, Damian Wirth, Martin Zellweger.

Die Projektgruppe:
Heinz Altorfer, Gaby Belz, Walter L. Blum, Käthi Christen, Heiri Hedinger, Carl Holenstein, Michael Lüthi, Toni Nadig, Urs Widmer, Jost Wirz.